

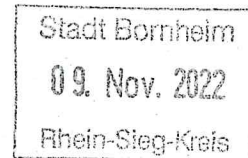
Bornheim, 05.11.2022

sowie weitere Anlieger In der Profffläche
53332 Bornheim

Herrn

Bürgermeister Christoph Becker

An den Ausschuss für
Bürgerangelegenheiten
Rathausstr. 2
53332 Bornheim



glosant

Umwidmung öffentlicher Verkehrsfläche in eine gesperrte Fläche

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder/innen des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten,

kurz nach Anlieferung und Aufstellung der drei Kanalringe auf der öffentlichen Verkehrsfläche gegenüber dem Grundstück In der Profffläche 25 hatten ich und auch einige weitere Anlieger Ihnen, Herr Dr. Becker, eine E-Mail zukommen lassen, um unser Erstaunen und Missfallen über diese Maßnahme zum Ausdruck zu bringen. Auf meine E-Mail hin teilten Sie mir mit, dass man sich mit meiner Eingabe befassen und mich informieren würde. Dies ist bis heute nicht geschehen. Wie ich aus zahlreichen Gesprächen mit anderen Anliegern erfahren habe, wurden auch deren Anrufe und E-Mails in dieser Angelegenheit nicht inhaltlich gewürdigt. Anlass, Sinn und Zweck dieser Maßnahme wurden uns gegenüber weder erläutert noch begründet. Vielmehr wurden wir schließlich vor vollendete Tatsachen, also offenbar vor einen endgültigen Zustand (vgl. anliegende Fotos 2 – 4) gestellt, indem die Kanalringe mit Kies bzw. Schotter befüllt und mit Warnschildern versehen wurden.

Die nunmehr gesperrte Fläche wurde im Rahmen des damaligen Straßenausbaus mit barrierefreiem Übergang ausgestattet; zu dem gegenüberliegenden Gehweg befindet sich ebenfalls ein entsprechender barrierefreier Übergang. Die somit offensichtlich als öffentliche Verkehrsfläche geschaffene Örtlichkeit wurde nunmehr in eine Art Sperrzone umgewandelt. Obwohl Sie schon umgehend nach Aufstellung der Kanalringe diverse negative Reaktionen von Anliegern erreichten, wurde die Aktion bis zum beklagenswerten aktuellen Stand durch- und umgesetzt. Ein solches Vorgehen hätten wir von einem Bürgermeister, der ansonsten für Bürgernähe und Gesprächsbereitschaft steht, und von unserer Stadtverwaltung nicht erwartet. Anlass und Notwendigkeit der Umwandlung einer bisher öffentlichen Verkehrsfläche in eine gesperrte Fläche wurde uns weder begründet noch erläutert; Transparenz sieht anders aus.

Die nunmehr an Hässlichkeit kaum zu übertreffende bauliche Vorrichtung, die diese Fläche für die eigentlich vorgesehene Nutzung als Ausweich- und Parkfläche sperrt, stellt jetzt außerdem einen zusätzlich geschaffenen Engpass und somit im Kurvenbereich eine Gefahrenstelle dar. Wir möchten noch anmerken, dass wir Anlieger mit unseren jeweiligen Anteilen an den Erschließungskosten den ursprünglichen, sinnvollen Ausbau mitfinanziert hatten.

Anlass / Ursache der Maßnahme

Wir beantragen offenzulegen und zu erläutern, was den Anstoß zu dieser Maßnahme gegeben hat. Wir können uns nicht vorstellen, dass diese Maßnahme ohne einen Grund erfolgte. Da keiner von uns Anliegern den Hintergrund kennt - (es gibt diesbezüglich zwar Gerüchte, die hier aber nicht thematisiert werden sollen) - wünschen wir uns eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Umsetzung der Maßnahme

Wir sind sehr verwundert darüber, dass das für diese Maßnahme zuständige Amt, trotz Ihres Hinweises auf eine derzeit dort angespannte Personalsituation mit daraus resultierender längerer Bearbeitungszeit unserer Eingaben, die Flächensperrung doch sehr kurzfristig umsetzen konnte.

Ziel der Maßnahme

Wollte man eventuell gegen Langzeitparker vorgehen? In diesem Fall hätte die Verwaltung sich der StVO bedienen bzw. ein Schild zur Parkdauerregelung aufstellen können.

Kosten der Maßnahme

Mit hoher Wahrscheinlichkeit übertreffen die durch die erfolgte Maßnahme entstandenen Aufwendungen die Kosten, welche für das Aufstellen eines Parkregelungsschildes entstanden wären. Hier stellt sich also die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme, auch im Hinblick auf die für die öffentliche Verwaltung geltenden Maßgaben der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Verkehrsgefährdung

In unserem Wohngebiet war und ist die Parksituation sowieso schon angespannt, weil Besucher, Handwerker, Lieferanten und Fahrzeuge im Notfalleinsatz kaum parken können und die enge Kurve durch ein ordnungsgemäßes Parken auf der Straße noch unübersichtlicher wird. Wenn sich in dieser engen Kurve PKW und / oder große Fahrzeuge begegnen und seitens der Fahrzeugführer die Lage falsch eingeschätzt wird, wird aufgrund der nunmehr geschaffenen Eng-/Gefahrenstelle notgedrungen auf den gegenüberliegenden Bürgersteig ausgewichen. Passanten sind dann akut gefährdet. Die Kanalringe sollten alleine schon wegen dieser Gefährdung dringend entfernt werden. Diese Sofortmaßnahme beantragen die Unterzeichnenden hiermit.

Ortstermin

Ein Ortstermin, bei dem sich die Stadtverwaltung selbst vor Ort ein Bild der jetzigen Situation machen sollte, könnte auch zu einem sachlichen Austausch von Argumenten und zur Information genutzt werden. Einen solchen gemeinsamen Termin würden wir sehr begrüßen.

Wir beantragen:

- 1. Rückbau der Sperre und somit Freigabe der derzeit gesperrten Fläche**
- 2. Ortstermin mit dem Bürgermeister**
- 3. Teilnahme am Ausschuss für Bürgerangelegenheiten**

Mit freundlichen Grüßen



